

Weniger essen mit Hartz IV

S. 3

Stadtwerke wieder in öffentlichen Besitz!

S. 3

Tod auf dem Scharpenacken

S. 4

Liebe Leserin, lieber Leser, diese Sondernummer unserer Zeitung erscheint aus besonderem Anlass: Mit Beginn des neuen Schuljahrs stehen viele Wuppertaler Familien vor gewaltigen Problemen, die durch den Beschluss des Stadtrats vom 13.12.2006 entstanden sind, das kostenlose Schulmittagessen für bedürftige Familien zu streichen. Erste Berichte zeigen, dass die damaligen Befürchtungen berechtigt waren.

Wir rufen auf zur Teilnahme an den Protesten am 3. September!

Berechtigte Befürchtungen hatten wir auch 2002, als die Teile der Stadtwerke an RWE veräußert wurden, die jetzt wieder zurückgekauft werden. Lesen Sie auf S. 3 unsere Meinung zum beabsichtigten erneuten Verkauf.

Die Redaktion

Schulmittagessen für alle Kinder!

Gespräch mit den Stadtverordneten der LINKEN

DIE LINKE. im Rat befragte die Stadtverordneten der LINKEN zur Streichung des kostenlosen Mittagessens für bedürftige Schülerinnen und Schüler. Elisabeth

EvdB: Geglaubt nicht, aber natürlich gehofft. Dieser Beschluss zur Streichung ist ja so skandalös, dass es doch möglich gewesen

wäre, dass Mitglieder von CDU und SPD aus ihrer Fraktionsdisziplin ausscheren. Das ist leider nicht passiert.

GPZ: Erschreckend ist dabei, wie das vor sich gegangen ist: In den Fachausschüssen ist das Thema ja über Wochen hinweg beraten worden. Die Vertreter von Lehrerverbänden, Wohlfahrtsorganisationen usw. haben alle vor den

Folgen gewarnt und mit großem Engagement in den Ausschüssen für die Beibehaltung des gemeinsamen Essens gestritten. Der eigentliche Skandal ist dabei, dass die Mehrheit von CDU und SPD gar nicht auf die wohlüberlegten und begründeten Argumente der Fachleute und Betroffenen eingegangen ist, sondern ihre Pläne einfach durchgezogen hat.



August, Elke von der Beeck und der Fraktionsvorsitzende Gerd-Peter Zielezinski standen Rede und Antwort.

Frage: In einem Sparpaket hat der Stadtrat am 13. Dezember 2006 die Streichung des kostenlosen Mittagessens für bedürftige Schülerinnen und Schüler beschlossen. Ihr habt selbstverständlich dagegen geredet und gestimmt. Habt Ihr denn überhaupt geglaubt, dass das Erfolg haben könnte.

Lesen Sie weiter auf S. 2

Fortsetzung von S. 1

*Welche Argumente sind denn vorge-
tragen worden?*

EA: Zunächst einmal ist da natürlich die soziale Komponente: Für Kinder werden an Hartz IV-Familien monatlich 207 Euro gezahlt. Für Ernährung sind darin enthalten 79,62 Euro monatlich oder 2,65 Euro pro Tag. Bei ihren Sparüberlegungen rechnet die Stadt mit einem Mensa-Essenspreis von 2,30 Euro an durchschnittlich 22 Tagen im Monat. Das sind 50,60 Euro monatlich. Übrig bleiben pro Kind 29 Euro und 2 Cent für Frühstück, Abendessen sowie die Ernährung an Wochenenden.

EvdB: Wichtig ist auch der gesundheitliche Aspekt. In der „Frankfurter Rundschau“ vom 2. August 2007 wird eine Studie des Dortmunder Instituts für Kinderernährung zitiert, die nachweist, dass ALG II nicht für gesundes Essen ausreicht. Zwar ist das Essen in den bisherigen Ganztagschulen durchaus von unterschiedlicher Qualität, doch gewährleisten die Mensen in jedem Fall zuverlässig ein warmes Mittagessen. Das ist nicht in jedem Privathaushalt der Fall.

GPZ: Eines darf man nicht vergessen, nämlich dass in den Mensen die Schüler die Mahlzeiten gemeinsam zu sich nehmen. Das haben die Lehrerinnen und Lehrer immer wieder hervorgehoben. Und wenn die gemeinsame Mahlzeit so wichtig ist, vor allem im Primarbereich, dann ist es umso schädlicher, wenn einzelne Kinder aus finanziellen Gründen nicht daran teilnehmen können. Das ist dann wie ein Stigma.

EA: Deswegen befürchtet die GEW (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft) ja auch, dass viele Eltern, die sich das Schulmittagessen nicht leisten können, ihre Kinder nicht mehr an Ganztagschulen anmelden werden. Sie wollen ihre Kinder vor der Stigmatisierung schützen. Und dabei sind es dann oft gerade diese benachteiligten Familien, denen mit der Ganztagschule geholfen werden soll.

Nun hat doch die Stadt gerade für

solche Fälle einen „Feuerwehrfonds“ ins Leben gerufen, und darüber hinaus hat sich noch ein „Wuppertaler Verein Schulmittagessen“ gegründet. Damit dürfte das Problem doch aus der Welt sein.

EA: Schön wär's. In Wirklichkeit ist das nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Der Feuerwehrfonds beträgt 100.000 Euro, und mehr wird der Verein auch nicht zusammenbekommen, eher weniger.

Wie groß der Bedarf tatsächlich ist, lässt sich doch leicht daran ermes- sen, wie viel Geld die Stadt

rückwirkend gekippt wird.

GPZ: Die Ratsfraktion DIE LINKE unterstützt alle Initiativen und Bewegungen, die zum Ziel haben, diesen unseligen Beschluss unwirksam zu machen. Jetzt zu Schuljahresanfang, am 3. September, plant die „Wuppertaler Initiative Schulmittagessen“ einen „Protesttag des Butterbrotes“. Um 15 Uhr will man sich vor und im Rathaus versammeln, wo um 16 Uhr eine Ratssitzung beginnt, und lautstark für das kostenlose Schulmittagessen demonstrieren.



Über dem Haupteingang zum Ratssaal: Das öffentliche Wohl ist das höchste Gesetz.

denn eigentlich einzusparen gedenkt mit der Streichung der Gelder fürs Schulmittagessen: Das sind fast 1 Million Euro, genau 970.000 Euro. Nach Abzug der 100.000 Euro für die Härtefälle bleiben 870.000 Euro, die bisher gezahlt wurden und nun effektiv fehlen.

EvdB: Die Verteilung von weniger Mitteln führt ja auch nur zu neuen Problemen: neue bürokratische Antragsverfahren; Mehrbelastung für die Lehrerinnen und Lehrer, die die Ernährung der Kinder überwachen sollen usw.

Kann man denn jetzt, da alles beschlossene Sache ist, überhaupt noch etwas dagegen unternehmen?

EA: Selbstverständlich! Rechtlich steht dem gar nichts im Wege. Das wäre schließlich nicht der erste parlamentarische Beschluss, der

*Hoffen wir auf große Beteiligung!
Vielen Dank für das Gespräch.*

Impressum

Herausgegeben von der Fraktion der offenen Liste DIE LINKE im Rat der Stadt Wuppertal
Rathaus, Zi. 242, Joh.-Rau-Platz 1,
42275 Wuppertal,
Tel. u. Fax: 0202 - 563-6677
E-mail: ratsfraktion@dielinke-wuppertal.de
Mitarbeiter/innen dieser Ausgabe:
Ursula Albel, Elisabeth August, Elke von der Beeck, Dr. Wolfgang Fenner, Ulrich Heck, Gerd-Peter Zielezinski
Druck: Druckservice HP Nacke
KG, Wuppertal
Auflage: 60000
Redaktionsschluss: 13.8.2007
Die Abgabe erfolgt kostenlos.

Weniger essen mit Hartz IV

Zum 1. Juli 2007 hat die Bundesregierung die Regelsätze für Empfänger von Leistungen nach Hartz IV angehoben, und zwar von 345 auf 347 Euro für alleinstehende Erwachsene, für bis 14 Jahre alte Kinder von 207 auf 208 Euro. Der für die Ernährung der Kinder vorgesehene Anteil stieg damit von 2,27 auf 2,28 Euro pro Tag. Dass mit diesem Betrag keine ausreichende Ernährung gewährleistet werden kann, ist offensichtlich, von einer gesunden und ausgewogenen Ernährung ganz zu schweigen. Zu denken gibt dabei auch, dass der Regelsatz für Kinder bis 14 Jahren einheitlich ist, gleich ob es sich um einen Säugling handelt oder um eine dreizehnjährige Schülerin. Nun

sagt nicht nur die Lebenserfahrung, sondern auch die Wissenschaft, dass der Nahrungsbedarf eines dreizehnjährigen Kindes größer ist als der eines Säuglings. In den Zeiten vor der Einführung von Hartz IV hat man das auch noch gewusst. Die Gewährung von Sozialhilfe erfolgte differenziert nach Altersstufen. Die Errechnung der Leistungshöhe orientierte sich am mutmaßlichen Kalorienbedarf, und der ist bekanntlich recht groß bei Kindern, die sich im Wachstum befinden. Vor 20 Jahren standen einem zwölfjährigen Schulkind 2,90 Euro täglich zu, einem zehn-jährigen immerhin noch 2,51. Heute ist der Betrag auf 2,28 Euro zusammengeschrumpft.

Dass von diesem Geld kein Schulmittagessen zu finanzieren ist, liegt auf der Hand. Am besten wäre ein kostenloses Mittagessen für alle Schulkinder. Nebenbei bemerkt müsste das auch für die übrigen Kosten gelten, die den betroffenen Familien durch den Schulbesuch entstehen. Schulkinder aus Hartz IV-Familien bekommen keine Kosten ersetzt außer denen für mehrtätige Klassenfahrten. Für Schulmaterialien wie Hefte, Stifte und Bücher muss der Regelsatz herhalten. Einer Berechnung der ... zufolge sind das 1,63 Euro im Monat.

Stadtwerke wieder städtisch!

Am 13. August beschloss der Stadtrat den Rückkauf der vor 5 Jahren an die Stromkonzerne RWE und Cegedel verkauften Anteile, Wir dokumentieren Auszüge aus der im Rat gehaltenen Rede des Fraktionsvorsitzenden der LINKEN, Gerd-Peter Zielezinski.

Die Entscheidung stärkt nicht nur unser Unternehmen in der Region, sondern ist auch ein wichtiger Schritt für die Zukunftsfähigkeit Wuppertals.“ Diesen Satz kann man nachlesen in einer Pressemitteilung der Wuppertaler Stadtwerke vom 19.12.2002. Kämmerer Dr. Slawig bejubelte damit den Erwerb der Stadtwerke-Anteile durch RWE und Cegedel. Dr. Roland Michel, der Verwaltungsratsvorsitzende von Cegedel, freute sich folgendermaßen: „Die Zusammenarbeit mit den strategischen Partnern wie RWE Plus und den WSW kann sowohl für unser Unternehmen wie auch für unsere Partner nur von Nutzen sein.“ Wir haben damals schon gesagt, dass solches Wortgeklänge nicht misstrauisch genug angehört werden kann, denn es wird völlig außer Acht gelassen, wum es eigentlich geht, nämlich die Übergabe öffentlichen

Eigentums in private Hände. Private Eigentümer wollen Geld verdienen, Profit erwirtschaften, nicht aber, wie das WSW-Aufsichtsratsmitglied Klaus Gericke geglaubt hat, „langfristig die Qualität der Versorgung“ sichern. Deswegen haben wir damals gegen den Abschluss des Vertrags gestimmt und haben in der Vergangenheit bereits mehrmals seine Rückabwicklung gefordert. Allerdings finden wir es sehr bewundernswert, wie der Tatbestand des eigenen Misserfolgs in die Erfolgsmeldung umgedeutet wird, dass man jetzt gut aus dem Vertrag herauskomme. Verträge schließt man für gewöhnlich nicht deshalb ab, um anschließend wieder gut aus ihnen herauszukommen. Dass die Zeit mit RWE für die WSW verlorene Zeit war und dass eine Menge Geld für das Anbahnen und Rückabwickeln des Vertrages draufgegangen sind, davon ist nicht die Rede. Vielmehr wird der Kaufpreis von der Verwaltung als Erfolg gewertet. Wie jedoch dieser Kaufpreis zu bewerten ist, wird sich erst zum Zeitpunkt des geplanten Wiederverkaufs erweisen.

Die von einer ganz großen „Kooperation“ (CDU, SPD, Grüne und

FDP) betriebene Teilprivatisierung der Wuppertaler Stadtwerke (WSW) endet in einem Desaster.

Statt aber nun daraus den Schluss zu ziehen, dass „große strategische Partner“ ihr eigenes Wohl im Sinne haben und nicht das der Wuppertaler BürgerInnen und Bürger, sehen alle Ratsfraktionen - bis auf DIE LINKE - schon wieder die Notwendigkeit einer Allianz der WSW mit einem großen strategischen Partner.

Im Jahre 2002 wurde von den Beauftragten einer solchen strategischen Partnerschaft die Einbringung von Sachwerten für den Fortbestand der WSW für unabdingbar erklärt. Aber was sollten die RWE oder zukünftige private Partner für ein Interesse an einer Stärkung der WSW als eigenständigem Unternehmen haben? Die RWE hatten von Anfang an nur eines im Sinn: nämlich weitere WSW-Anteile zu erwerben und die unternehmerische Führung der WSW-Versorgungssparte zu übernehmen. So ist das nachzulesen im „Gemeinsamen Eckpunktepapier“ von Stadtspitze und RWE-Vorstand vom Dezember 2004. Als sich dies politisch nicht durchsetzen ließ, ver-

Fortsetzung von S. 3

lören die RWE jegliches Interesse an einer weiteren „Zusammenarbeit“ mit den WSW.

Konsequenz dieser verfehlten Privatisierungspolitik sollte sein, die früheren städtischen Anteile an den Stadtwerken zurückzukaufen und die Suche nach einem privaten Anteilseigner einzustellen. Die WSW-Holding wird den dafür notwendigen Kredit finanzieren können; dies ist unstrittig, da nach dem Rückkauf keine Dividenden mehr an RWE und Cegedel ausgeschüttet werden müssen.

Doch diesen Weg lehnen alle anderen Ratsfraktionen ab. Trotz der gemachten schlechten Erfahrungen

suchen sie weiter nach privaten Beteiligungen, anstatt die Chance zu nutzen und die WSW wieder zu 100 % in kommunalen Besitz zu bringen. Die Stadtwerke haben jetzt verkündet, den „optimalen strategischen Partner“ auswählen zu wollen, nachdem sie sich vom „idealen“ Partner RWE trennen wollen. „Klug ist nicht der, der keine Fehler macht, sondern der, der aus Fehlern lernt“, hat mal jemand gesagt.

Dass die wechselseitige Partnerschaft mit den Velberter Stadtwerken beendet wird, ist für die kommunale Daseinsvorsorge im bergischen Verbund für Bürgerinnen und Bürger ein Rückschlag. Ihr Zustandekommen hatte

in den vergangenen Jahren nicht nur Zeit und Mühe, sondern auch Geld gekostet.

Heute wird die Sache so dargestellt, als würden die WSW durch die Beendigung der Partnerschaft nur gewinnen. Dass damit auch der gemeinsame Stromeinkauf und die Synergien im IT-Bereich zur Disposition stehen, wird verschwiegen. Die Ankündigung der WSW, sich in der Region vermehrt um Großkunden bemühen zu wollen, ist in den Nachbarstädten nicht sehr wohlwollend aufgenommen worden und wird eine regionale bergische Zusammenarbeit zusätzlich erschweren.

Rückblick

Erschießungen am Scharpenacken

Das Land NRW plant den Bau einer Jugendhaftanstalt auf dem Scharpenacken in Wuppertal-Ronsdorf. Im Rat der Stadt Wuppertal wurde bereits am 11.6.2007 der Weg dafür frei gemacht, und zwar durch einen Beschluss zur Änderung des Flächennutzungsplans. Dadurch wurden die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Vorhaben des Landes geschaffen. Das Verfahren, mit dem das Gelände, auf dem die Jugendhaftanstalt gebaut werden soll, unter Denkmalschutz gestellt werden sollte, wurde bereits im Frühjahr abgebrochen. Aus der Denkmalliste der Stadt Wuppertal wurde es gestrichen.

Dies weckt die Erinnerung an Ereignisse kurz vor Kriegsende, von Herbst 1944 bis März 1945. Auf dem in Frage stehenden Gelände war von 1936 bis zum Ende der Nutzung als militärisches Übungsgelände Mitte der 90er Jahre ein Langwaffenschießstand. Es handelt sich um ein etwa 400 m langes und knapp 100 m breites Grundstück ohne Baumbestand, auf dem zunächst die Wehrmacht und dann die Bundeswehr das Weitschießen geübt hat. Damit die nicht weit entfernte Autobahn A1 oder auch Fußgänger nicht gefährdet werden, hat die Wehrmacht am öst-

lichen Ende des Schießplatzes eine etwa 5 m hohe und gut 50 m lange Mauer errichtet.

An dieser Mauer fanden nachweislich zwischen August 1944 und April 1945 mindestens zehn Erschießungen statt. Opfer dieser Erschießungen waren zwischen 23 und 43 Jahre alte Männer. Ihnen wurde vorgeworfen, Deserteure zu sein. Wir wissen nicht

die eigenen Soldaten bei der Stange zu halten, um den bereits verlorenen Krieg noch zu gewinnen. Zwei der hingerichteten Soldaten wurden am Abzweig der Straße Erbschlö zum Schießplatz tagelang liegengelassen wie kürzlich eine damalige Anwohnerin dem Verein „Spurensuche“ berichtete. Zur Abschreckung trugen sie ein Schild, das sie als Deserteure kenntlich machte.



um die eigentlichen Motive dieser Männer zur Desertion, nicht, ob es sich um persönliche oder politische Gründe handelte. Sicher ist aber der Ort ihrer Erschießung; sicher sind die Namen dieser zehn Männer, die Stadtarchivar Dr. Uwe Eckardt 1992 nachweisen und dokumentieren konnte, und ebenso sicher ist, dass die faschistischen Machthaber damals mit solchen Maßnahmen versuchten,

Für jeden der Erschossenen ein völlig sinnloser Tod, an den wir in angemessener Weise erinnern sollten. Die bisher völlig zugewachsene und noch erhaltene Mauer kann freigelegt und mit einer Gedenktafel versehen werden.

Lit.: Deserteure in Wuppertal. Dokumentation zu den Erschießungen 1944/45. Wuppertal 1992 (=Informationen aus dem Stadtarchiv 7)